A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Breslau.

Stück 25.

Ausgegeben zu Breslau Freitag den 21. Juni.

1889.

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Montag Vormittag 10 Uhr der Redaktion zuzusenden.

Inhalt der Gesetz-Sammlung.

297. Die Nr. 14 der Gesetz-Sammlung enthält unter: Nr. 9340 das Gesetz, betreffend Abänderung mehrerer Bestimmungen der Gesetzgebung über die Stempelsteuer. Vom 19. Mai 1889.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central- u. Behörden.

299. B e k a n n t m a c h u n g.

Die am 1. Juli 1889 fälligen Zinsscheine der Preussischen Staatsschulden werden bei der Staatsschulden-Tilgungskasse — W. Taubenstraße 29 hier selbst —, bei der Reichsbank-Hauptkasse, sowie bei den früher zur Einlösung benutzten königlichen Kassen und Reichsbank-Anstalten vom 24. d. Mts. ab eingelöst.

Die Zinsscheine sind, nach den einzelnen Schuldgattungen und Werthabschnitten geordnet, den Einlösungsstellen mit einem Verzeichniß vorzulegen, welches die Stückzahl und den Betrag für jeden Werthabschnitt angiebt, ausgerechnet ist und des Einkiefernden Namen und Wohnung ersichtlich macht.

Wegen Zahlung der am 1. Juli fälligen Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen bemerken wir, daß die Zusendung dieser Zinsen mittels der Post, sowie ihre Gutschrift auf den Reichsbank-Girokonten der Empfangsberechtigten zwischen dem 17. Juni und 8. Juli erfolgt; die Baarzahlung aber bei der Staatsschulden-Tilgungskasse am 17. Juni, bei den Regierungs-Hauptkassen am 24. Juni und bei den mit der Annahme direkter Staatssteuern außerhalb Berlins betrauten Kassen am 1. Juli beginnt.

Die Staatsschulden-Tilgungs-Kasse ist für die Zinszahlungen werktäglich von 9 bis 1 Uhr mit Ausschluß des vorletzten Tages in jedem Monat, am letzten Monatstage aber von 11 bis 1 Uhr geöffnet.

Die Inhaber Preussischer 4prozent. und 3½prozent. Konsols machen wir wiederholt auf die durch uns veröffentlichten „Amtlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch. Dritte Ausgabe.“ aufmerksam, welche durch jede Buchhandlung für 40 Pfennig oder von dem Verleger J. Guttentag (D. Collin) in

Berlin durch die Post für 45 Pfennig franko zu beziehen sind.

Berlin, den 3. Juni 1889.

Hauptverwaltung der Staatsschulden. Sydow.

Vorstehende Bekanntmachung wird mit dem Hinzufügen veröffentlicht, daß bei unserer Hauptkasse die Einlösung der am 1. Juli 1889 fälligen Zinsscheine der Preuss. Staatsschulden, sowie die Zahlung der Zinsen für die in das Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen an den Kassen-Revisions-tagen und an dem ersten Wochentage eines jeden Monats nicht erfolgen kann.

Breslau, den 8. Juni 1889.

Königl. Regierung. Frhr. Junker von Ober-Conrent.

310. Abänderung der Postordnung vom 8. März 1879.*)

Auf Grund der Vorschrift im § 50 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 wird die Postordnung vom 8. März 1879 in folgenden Punkten abgeändert:

1. Im § 5, „Aufschrift“ betreffend, ist am Schlusse des Absatzes I Folgendes nachzutragen:

Wenn der Bestimmungsort zwar mit einer Postanstalt versehen ist, aber nicht zu den allgemeiner bekannten Orten gehört, so ist die Lage des Ortes in der Aufschrift noch näher zu bezeichnen.

2. Im § 13, „Drucksachen“ betreffend, sind unter VII die Ziffer 1**) und die zugehörigen Zeilen des Textes zu streichen, sowie die darauf folgenden Zahlen 2 bis 10 in 1 bis 9 abzuändern.

Am Schlusse des Absatzes VII ist demnächst als neuer Absatz nachzutragen:

VIIa. Auf der Außenseite der Drucksachensendungen dürfen die nach § 2, Absatz 1 bei Briefen zulässigen Vermerke u. s. w. unter den dort vorgeschriebenen Bedingungen angebracht werden.

3. Im § 19, „Postaufträge zur Einziehung von Geldbeträgen, betreffend, ist im Absatz 1 und im Absatz V der zulässige Meistbetrag von sechshundert auf „achthundert“ Mark abzuändern.

*) Centr.-Bl. 1879 S. 185.

**) S. Centr.-Bl. 1886 S. 73 unter 5,2.

Der Absatz XII erhält folgende anderweite Fassung:

XII. Dem Belieben des Auftraggebers bleibt es überlassen, dem Postauftrage gleich das ausgefüllte Formular zur Postanweisung beizufügen. Solche Postanweisungen sind bis zu dem Meistbetrage von 800 Mark zulässig. Die Gebühr für eine Postauftrags-Postanweisung über 400 Mark ist nach denselben Sätzen zu berechnen, wie für zwei Postanweisungen bis 400 Mark. In dem beizufügenden Postanweisungs-Formular darf nur derjenige Betrag der Forderung angegeben werden, welcher nach Abzug der Postanweisungsgebühr übrig bleibt.

4. Zwischen § 21 und § 22 tritt der nachstehende § 21a neu hinzu.

§ 21a.
Bahnhofsbriefe.

I. Wünscht ein Empfänger die Briefe von einem bestimmten Absender am Bahnhofs unmittelbar nach Ankunft der Eisenbahnzüge in Empfang zu nehmen (Bahnhofsbriefe), so hat er solches der Postanstalt an seinem Wohnorte mitzuthemen. Die Postanstalt stellt dem Empfänger gegen Entrichtung der im Absatz IV festgesetzten Gebühr ein durch Weidrüden des Amtssiegels zu beglaubigendes Ausweisschreiben aus, in welchem der Name des Absenders und des Empfängers, der Eisenbahnzug, mit welchem die Briefe regelmäßig Beförderung erhalten sollen, sowie die Zeitdauer, für welche das Ausweisschreiben gelöst wird, anzugeben sind.

II. Die Verständigung mit dem Absender, daß die Bahnhofsbriefe stets zu demselben Zuge aufgeliefert werden, liegt dem Empfänger ob.

III. Bahnhofsbriefe müssen der Form und der sonstigen Beschaffenheit nach zur Beförderung als Briefe geeignet sein und dürfen weder unter Einschreibung befördert werden, noch das Gewicht von 250 g überschreiten. Zum Verschluss sind Briefumschläge zu verwenden, welche mit einem breiten rothen Rande versehen sind und am Kopfe in großen Buchstaben die Bezeichnung „Bahnhofsbrief tragen; auf der Rückseite des Briefumschlages ist der Name des Absenders anzugeben.

IV. Bahnhofsbriefe müssen in allen Fällen vom Absender frankirt zur Post gegeben werden. Die neben dem Porto zu entrichtende Gebühr für die tägliche Abholung je eines mit einem bestimmten Eisenbahnzuge beförderten Briefes von einem und demselben Absender an einen Empfänger beträgt 12 Mark für den Kalendermonat und ist von dem Empfänger mindestens für einen Monat im Voraus zu zahlen.

V. Die Aushändigung der Bahnhofsbriefe erfolgt nur gegen Vorzeigung des Ausweisschreibens. Meldet sich der Abholer nicht rechtzeitig, so werden die Briefe gegen die im § 21 Absatz V unter B festgesetzte Gebühr durch Eilboten bestellt.

5. Im § 24, „Ort der Einlieferung“ betreffend, erhält der auf die Abholung von Paketen

durch die Paketbesteller bezügliche Theil*) des Absatzes III folgende Fassung:

In Städten, in welchen mit Pferdekraften ausgeführte Paketbestellungsfahrten bestehen, dürfen den Paketbestellern auf ihren Bestellungsfahrten Pakete ohne Werthangabe zur Abgabe bei der Postanstalt übergeben werden. Es ist auch gestattet, bei der Postanstalt die Abholung von Paketen aus der Wohnung schriftlich zu bestellen. Für derartige Bestellschreiben oder Bestellkarten kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung; dieselben können in die Briefkasten gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zwecke der Bestellung bezw. Abholung betreten, oder an denjenigen Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk jeweilig hält.

6. Ebendasselbst wird der Absatz VII* geändert, wie folgt:

VII. Für die von den Paketbestellern auf ihren Bestellungsfahrten eingesammelten gewöhnlichen Pakete (Abs. III) kommt außer dem Porto eine Nebengebühr von 10 Pf. zur Erhebung, welche im Voraus zu entrichten ist.

7. Im § 34, „An wen die Bestellung erfolgen muß“ betreffend, erhält der Absatz VI folgende anderweite Fassung:

VI. Lautet bei gewöhnlichen Paketsendungen, bei Einschreibsendungen, bei Postanweisungen, bei telegraphischen Postanweisungen und bei Sendungen mit Werthangabe die Aufschrift:

„An A. zu erfragen bei B.“
„An A. abzugeben bei B.“
„An A. im Hause des B.“
„An A. wohnhaft bei B.“

so muß die Bestellung an den zuerst genannten Empfänger (A.), seinen Bevollmächtigten oder den sonstigen nach den Bestimmungen unter III und V Empfangsberechtigten erfolgen;

lautet die Aufschrift dagegen:

„An A. zu Händen des B.“
„An A. abzugeben an B.“
„An A. für B.“
„An A. per Adresse des B.“

so darf die Bestellung sowohl an den zuerst genannten Empfänger (A.), als auch an den zuletzt genannten (B.), deren Bevollmächtigten oder den sonstigen nach den Bestimmungen unter III und V Empfangsberechtigten erfolgen.

8. Im § 36, „Berechtigung des Empfängers zur Abholung der Briefe u. s. w.“ betreffend, sind im Absatz V die Ausgaben unter 3 zu streichen; dafür ist zu setzen:

3. wenn der Empfänger nicht am Tage nach der Ankunft den zu bestellenden Gegenstand abholen läßt; Vorstehende Abänderungen treten mit dem 1. Juni 1889 in Kraft.

Berlin W, den 9. Mai 1889.

Der Reichskanzler. J. W.: von Stephan.

*) S. Centr.-Blatt 1883 S. 77 unter 12.

309. B e l a n n t m a c h u n g.

Der bisherige Pastor Wilhelm Hinz in Groß-Justin in Pommern ist zum II. Pastor der hiesigen lutherischen St. Katharinen-Gemeinde kirchenordnungsmäßig berufen worden, was hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß die Qualifikation des Genannten nach § 4 der General-Konzession vom 23. Juli 1845 nachgewiesen worden ist.

Breslau, den 13. Juni 1889.

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath
gez.: von Sendewitz.

**Verordnungen und Bekanntmachungen der
Königlichen Regierung.**

301. Nachdem in der katholischen Kirchengemeinde zu Ledersofe, Kreis Striegau, die Wahl eines Kirchenvorstandes in Gemäßheit des Gesetzes vom 20. Juni 1875 stattgefunden hat, ist die durch Bekanntmachung vom 22. Mai 1876 (Amtsblatt für 1876 Stück 22) zur öffentlichen Kenntniß gebrachte kommissarische Vermögensverwaltung aufgehoben worden.

Breslau, den 5. Juni 1889.

Königl. Regierungs-Präsident. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath. Frhr. Juncker von Ober-Convent.

302. Auf Grund des § 46 des Gesetzes vom 20. Juni 1875 ist an Stelle des Wirthschafts-Direktors Dworatschek in Minkowsky der Lehrer und Organist Kalisz in Eckersdorf, Kreis Namslau, zum Kommissarins für die Vermögens-Verwaltung der katholischen Filial-Kirchengemeinde Minkowsky, Kreis Namslau, ernannt und der 15. Juni d. Js. — als Tag des Beginns seiner Amtsthätigkeit festgesetzt worden.

Dies wird in Gemäßheit des § 46 a. a. D. und des § 11 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 hiermit bekannt gemacht.

Breslau, den 11. Juni 1889.

Königl. Regierungs-Präsident. Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath. Frhr. Juncker von Ober-Convent.

308. Auf Grund des Gesetzes vom 13. März 1854, betreffend die Zulassung von Ausländern zur Eingehung einer Ehe in Preußen, sind durch Erlaß der Herren Minister der geistlichen Angelegenheiten, des Innern und der Justiz vom 2. März 1871 (bekannt gemacht im Amtsblatt pro 1871 St. Nr. 13) die Russischen Staatsangehörigen von Beibringung des in § 1 a. a. D. erwähnten Attestes ein für alle Mal dispensirt worden. Es ist dies geschehen, nachdem auf Grund der Mittheilung der Kaiserlich Russischen Staatsregierung als festgestellt betrachtet werden konnte, daß Russische Staatsangehörige, ihre Ehemündigkeit zc. vorausgesetzt, eines polizeilichen Eheconsenses nicht bedürfen, dergestalt, daß auch bei Schließung der Ehe im Auslande (in Preußen) die Ehefrau ohne Weiteres die Russische Staatsangehörigkeit erwerbe.

Nicht minder ist aber bei Erlaß der Verfügung vom 2. März 1871 davon ausgegangen worden, daß auch in Rußland die sonst zur Anwendung kommende

Rechtsregel in Geltung stehe, wonach die Form der Eheschließung sich nach dem Orte der letzteren richtet.

Die gelegentlich eines Spezialfalles veranlaßten Erörterungen haben jedoch neuerdings ergeben, daß dies nicht der Fall ist. Die Russische Gesetzgebung betrachtet als Erforderniß einer gültigen Eheschließung, auch wenn dieselbe im Auslande vor sich geht, die Trauung durch einen der Confession des Russischen Rupturienten zugehörigen Geistlichen, also bei einem orthodoxen Russen die Trauung durch einen Geistlichen der griechischen Kirche. Diesem Erforderniß wird in Preußen fast ohne Ausnahme nicht genügt werden können, und im Resultat gestaltet sich daher in Preußen die Sache thatächlich dahin, daß Russische Staatsangehörige, wenigstens orthodoxe Russen, hier eine nach Russischer Gesetzgebung gültige Ehe überhaupt nicht schließen können. Damit fällt aber die Voraussetzung des Erlasses vom 2. März 1871 hinweg. Es ist deswegen dieselbe von den vorgenannten Herren Ministern unter dem 16. April d. Js. wieder aufgehoben worden.

Es wird überdies hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß Russische Staatsangehörige niemals in der Lage sein werden, ein Attest ihrer Ortsobrigkeit wie es der § 1 des Gesetzes vom 13. März 1854 vorseht dahin,

daß sie zur Eingehung einer Ehe in Preußen, d. h. zur standesamtlichen Eheschließung befugt seien, zu beschaffen, und daß daher Russische Staatsangehörige zur Eheschließung nur nach Beibringung eines besonderen Dispenses (§ 2 des allegirten Gesetzes) zuzulassen sind. Etwaigen Berichten über die Bewilligung eines solchen besonderen Dispenses hat eine eingehende Prüfung der Sachlage voranzugehen, welche sich — namentlich bei nicht-orthodoxen Russen — insbesondere darauf erstrecken muß, ob eine sichere Gewähr dafür gegeben ist, daß die Rupturienten Willens und in der Lage sind, der standesamtlichen Eheschließung die kirchliche Trauung in einer den Anforderungen der Russischen Gesetzgebung entsprechenden Weise nachfolgen zu lassen.

Breslau, den 14. Juni 1889.

K. Regierungs-Präsident. Frhr. Juncker von Ober-Convent.

**Verordnungen und Bekanntmachungen
anderer Behörden.****296. B e k a n n t m a c h u n g.**

Der Fabrikbesitzer Bartsch in Säbischdorf, Kreis Schweidnitz beabsichtigt, auf den ihm gehörigen bezw. von ihm zu erwerbenden Wiesengrundstücken in den Gemarkungen Säbischdorf und Schweidnitz die Weistritz gerade zu legen und einzudeichen. Indem wir dieses Vorhaben nach § 2 des Gesetzes vom 28. Januar 1848 bekannt machen, fordern wir die Betheiligten auf, etwaige Einsprüche bis zum 1. Juli d. J. bei dem Königlichen Landrathsamte in Schweidnitz anzubringen, woselbst auch der Situations- und Nivellementsplan,

sowie der Erläuterungsbericht eingesehen werden kann. Spätere Einwendungen bleiben unberücksichtigt.

Breslau, den 26. Mai 1889.

Der Bezirks-Ausschuß.

290. Bekanntmachung.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß jeder Inhaber eines mit Tabak bepflanzten Grundstücks (Tabakpflanzler), auch wenn er den Tabak gegen einen bestimmten Antheil oder unter sonstigen Bedingungen durch einen Anderen anpflanzen oder behandeln läßt, nach § 3 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (Reichsgesetzblatt Seite 245) verpflichtet ist, der Steuerbehörde des Bezirks bis zum Ablaufe des 15. Juli die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe genau und wahrhaft schriftlich anzugeben und daß diese Anmeldung in Betreff der erst nach dem 15ten Juli bepflanzten Grundstücke spätestens am dritten Tage nach dem Beginn der Bepflanzung bewirkt werden muß.

Breslau, den 1. Juni 1889.

Der Provinzial-Steuerdirektor. J. B.: Dr. Fehre.

306. Niederschlesischer Steinkohlen-Verkehr.

Für die Beförderung von Steinkohlen aus dem Neuroder Revier in Wagenladungen von mindestens 10000 kg nach Station Lissa der Oesterreichischen Nordwestbahn kommen vom 15. Juni d. J. ab bis auf Widerruf, vorläufig längstens bis Ende Dezember 1889, folgende ermäßigte Frachtsätze zur Erhebung: von Wenzeslausgrube 46,4 Kreuzer, von Rubengrube 45,3 Kreuzer, von Neurode 45 Kreuzer und von Mählten 44,9 Kreuzer für 100 kg.

Berlin, den 11. Juni 1889.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

298. Bekanntmachung.

Am 15. Juni d. J. wird auf Strehlen (Schles.) Bahnhof eine mit der Postzweigstelle daselbst, und in Wallisfurth eine mit der Kaiserlichen Postagentur daselbst vereinigte Telegraphenanstalt mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

Breslau, den 10. Juni 1889.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor. J. B.: Maxon.

307. Betreffend die Meldung zur Prüfung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst.

Diejenigen jungen Leute, welche ihre wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst nicht durch Schulzeugnisse nachweisen können und sich deshalb der nächsten am 2. September 1889, Nachmittags 3 Uhr, beginnenden Prüfung unterziehen wollen, haben nach der Bestimmung des § 91 der Deutschen Wehr-Ordnung vom 22. November 1888 ein schriftliches Gesuch bis zum 1. August 1889 spätestens bei der unterzeichneten Kommission einzureichen.

Der Meldung sind im Original beizufügen:

- ein Geburtszeugniß;
- eine Erklärung des Vaters oder des Vormundes über die Bereitwilligkeit, den Freiwilligen während einer einjährigen aktiven Dienstzeit zu bekleiden, auszurüsten, sowie die Kosten für Wohnung und

Unterhalt zu übernehmen. Die Fähigkeit hierzu ist obrigkeitlich zu bescheinigen.

- ein Unbescholtenheits-Zeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Realschulen, Progymnasien, Realschulen, Realprogymnasien, höheren Bürgerschulen und den übrigen militärberechtigten Lehranstalten) durch den Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizei-Obrigkeit oder ihre vorgesezte Dienstbehörde auszustellen ist;
- ein von dem Besuchsteller selbstgeschriebener Lebenslauf.

In dem Gesuche ist anzugeben, in welchen zwei fremden Sprachen der Examinand, welchem die Wahl gelassen wird zwischen dem Lateinischen, Griechischen, Französischen und Englischen, geprüft sein will.

Breslau, den 6. Juni 1889.

Kgl. Prüfungs-Kommission für Einjährig-Freiwillige. Der Vorsitzende. J. B.: Rahm, Regierungs-Assessor.

303. Bekanntmachung.

In der 42. Verlosung von Schlesischen Pfandbriefen Lit. B sind nachbezeichnete Stücke gezogen worden und zwar: Maj. u. Erbl. Herrschaft Fürstenstein zc.

Nr. 40695 über 1000 Thlr.

Nr. 44302, 44307 und 44326 über je 500 Thlr.

Nr. 50774, 50781, 50786, 50789, 50796, 50850, 50851 über je 200 Thlr.

Nr. 63345, 63375, 63412, 63447 über je 100 Thlr.

Poln.-Krawarn u. Macau.

Nr. 45023, 45044, 45061, 45075, 45078 und 45091 über je 500 Thlr.

Nr. 51969, 51999, 52006, 52031 und 52046 über je 200 Thlr.

Nr. 64806, 64807, 64813, 64814, 64817, 64819, 64820, 64831, 64836, 64839, 64840, 64854, 64860, 64862, 64866 und 64871 über je 100 Thlr.

Ober- und Nieder-Miechowitz.

Nr. 44812 über 500 Thlr.

Nr. 51565, 51576, 51606, 51607, 51626 und 51645 über je 200 Thlr.

Nr. 64283, 64295, 64307, 64327, 64335, 64379, 64385 und 64393 über je 100 Thlr.

Riclasdorf.

Nr. 40761 über 1000 Thlr.

Nr. 63564 über 100 Thlr.

Pogarell und Alzenau.

Nr. 49987, 50036, 50037, 50039 und 50047 über je 200 Thlr.

Nr. 62363 über 100 Thlr.

Med. Herz. Ratibor.

Nr. 41210, 41216 über je 1000 Thlr.

Nr. 45111, 45159, und 45182 über je 500 Thlr.

Nr. 52071, 52075, 52076, 52109, 52127, 52149, 52172, 52210, 52245, 52246 und 52281 über je 200 Thlr.

Nr. 64882, 64893, 64899, 64916, 64932, 64936, 64939, 64946, 64950, 64953, 64976, 64998, 65001.

65029. 65033. 65037. 65038. 65041. 65042. 65052. 65055. 65061. 65072. 65083 und 65089 über je 100 Thlr.

Herrsch. Groß-Stein zc.

Nr. 40356 und 40405 über je 1000 Thlr.

Nr. 43842 über 500 Thlr.

Nr. 50327. 50359. 50380. 50426. 50468. 50902. 50903 und 50907 über je 200 Thlr.

Nr. 62749. 62757. 62776. 62836. 62869. 62877. 62884. 62902. 62910 und 62926 über je 100 Thlr.

Diese Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 27900 Thalern oder 83700 Mark werden ihren Inhabern mit dem Bemerkten gekündigt, daß die Auszahlung des Nennwerthes derselben

vom 2. Januar 1890 ab

bei der Königlichen Institutentasse hieselbst (im Regierungsgebäude am Lessingplatz) gegen Rückgabe der gekündigten Stücke und der dazu gehörigen Zinsscheine Ser. XI Nr. 9 und 10 erfolgen wird, sowie daß die weitere Verzinsung der gezogenen Pfandbriefe vom genannten Tage ab aufhört.

Breslau, den 7. Juni 1889.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

305. Bekanntmachung.

Die Inhaber der nachbezeichneten, von dem Königlichen Kredit-Institut für Schlesien ausgefertigten 4 prozentigen Pfandbriefe Lit. B, hastend auf dem in Schlesien im Breslauer Kreise belegenen Gute Heydänichen:

Nr. 44847. 44848 und 44849 à 500 Thlr.

Nr. 51659. 51660. 51661. 51665 und 51666 à 200 Thlr.

Nr. 64400. 64401. 64406. 64407 und 64408 à 100 Thlr.

Nr. 79333 und 79334 à 50 Thlr.

Nr. 82384 à 25 Thlr.

werden hiermit aufgefordert, diese Pfandbriefe in kursfähigem Zustande mit laufenden Zinskupons bis zum 15. August 1889 gegen Empfangnahme anderer Pfandbriefe Lit. B von gleichem Betrage und mit gleichen Zinsscheinen versehen an die Königliche Institutentasse hieselbst (Lessingplatz im Regierungsgebäude) zum Umtausch einzureichen.

Breslau, den 12. Juni 1889.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

258. Nachtrag

zu dem Statut für die Sparkasse des Kreises Ohlau vom 11. Dezember 1886 vom 1. August 1888.

Es werden nachstehende Bestimmungen des Statuts abgeändert:

1. Der § 5 des Statuts erhält folgenden Abs. 2: Einlagen, welche am ersten oder zweiten Tage eines Monats eingezahlt werden, werden bereits für den Einzahlungsmonat verzinst. Für Einlagen, welche am letzten Tage oder vorletzten eines Monats abgehoben werden, werden die Zinsen bis zum Abhebungstage gezahlt.

2. In § 8a tritt an Stelle der Worte: „bis zur Höhe von $\frac{19}{20}$ des 25fachen Grundsteuerreinertrages.“ die Bestimmung: „bis zur Höhe von $\frac{2}{3}$ des Werthes der landschaftlichen Tage oder des 25fachen Grundsteuer-Reinertrages.“

3. Der § 8c erhält folgenden Schlußsatz: Auch können Schulden der Kreis-Korporation mit den Sparkassen-Kapitalien zur Abzahlung gelangen, sobald sich eine andere zinstragende Anlegung mit Gewinn für die Sparkasse nicht erzielen läßt.

4. In § 8d Abs. 2 tritt hinter die Worte: „genügt die Ausstellung eines Schuldscheines“ die Bestimmung: „oder eines Pfandscheines.“

5. Satz 2 Abs. 3 des § 8d wird abgeändert: „die Beleihung von Werthpapieren ist nur bis zu $\frac{5}{6}$ des Nominalwerthes (bei unter pari stehenden Papieren des Kurswerthes) zulässig.“

6. § 17 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut: Die Rückzahlung erfolgt bei Summen unter 100 Mark ohne Kündigung, von über 100 bis 300 Mark mit einmonatlicher und bei Summen über 300 Mark mit dreimonatlicher Kündigung. Die Zinsen werden bis zum letzten Tage desjenigen Monats berechnet, welcher der Rückzahlung vorangeht.

7. In § 18 tritt an die Stelle der Worte am Schluß „für die statutenmäßige Kündigungsfrist“ die Bestimmung „für einen Monat.“

8. § 33 Abs. 3 Satz 1 fällt fort.

Vollzogen laut Kreistags-Protokoll.

d. d. Ohlau, den 15. Dezember 1888.

Der Vorsitzende, Die Mitglieder
Königliche Landrath. (L. S.) des Kreistages.
gez.: von Puttkamer. gez.: Scholz. Weinert.

Vorstandender 1. Nachtrag zum Statut der Kreis-
sparkasse zu Ohlau vom 11. Dezember 1886 wird hier-
durch mit der Maßgabe bestätigt, daß die Entnahme

von Sparkassenbeständen zur Verwendung in Gemäßheit der Zusatzbestimmung zu § 8c des Statuts der speziellen Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegt.
Breslau, den 12. April 1889.

(L. S.)

Der Ober-Präsident. J. B.: von Ikenplitz.
Bestätigung.

O. P. 3144.

Vorstandender Nachtrag zu dem Statut für die Sparkasse des Kreises Ohlau wird hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bestimmungen desselben am 1. August d. J. in Kraft treten und von da ab auch für alle seitherigen Sparkassen-Interessenten Anwendung finden, welche nicht vorher ihre Einlagen gemäß § 17 des Statuts gekündigt resp. zurückgezogen haben.

Ohlau, den 13. Mai 1889.

Der Königliche Landrath.

300. Auf den Antrag der Verwaltung des Thronlehn Dels und der Güter-Direktion Sr. Majestät des

Königs von Sachsen wird auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14. April 1856, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preussischen Monarchie, hiermit genehmigt, daß die früher zum Gutsbezirk Carlsburg gehörigen sogenannten Erlensbrücker, verzeichnet auf der Gemarkungskarte von Juliusburg Blatt 3 unter Nr. 48—51, sowie die Parzellen Blatt 1 der Gemarkungskarte von Carlsburg Nr. 183/3ab, 186/6, 189/155, 190/156, 185/5, 184/4, 187/8, 188/9 im Flächeninhalte von zusammen 19,0602 Hektaren von dem Gutsbezirk Carlsburg abgezweigt und in kommunaler Beziehung dem Gutsbezirk Dorf Juliusburg zugeschlagen werden.

Dels, den 5. Juni 1889.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Dels.

304. Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 14ten April 1856 in Verbindung mit § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird auf Antrag der Betheiligten hiermit genehmigt, daß der zum Domainen-Gutsverbande Wehrse und dem Königlichen Fiskus gehörige, sogen. Roßgarten in Größe von 88 a 10 qm, welcher durch Kauf in den Besitz des Mühlenbesizers Julius Wende zu Sandeborske übergehen soll, aus dem Gutsverbande Wehrse ausscheide und dem Gemeindebezirk Sandeborske inkommunalisirt werde.

Suhrau, den 21. Januar 1889.

Der Kreis-Ausschuß des Kreises Suhrau.

Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Königliches Regierungs-Präsidium.

Bestätigt: 1) die Wiederwahl des Rittergutsbesizers Freiherrn von Lüttwitz auf Mittelsteine als Kreis-Deputirter des Kreises Neurode;

2) die Wiederwahl des Rittergutsbesizers und Rittmeisters a. D. von Chappuis auf Korschwitz als Kreis-Deputirter des Kreises Münsterberg.

Königl. Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Uebertragen: 1) dem Pastor Schröder zu Schwoitsch die staatliche Ortsaufsicht über die neu gegründete evangelische Schule in Steine, Kreis Breslau;

2) dem Domainen-Rath Hicketier zu Prisselwitz die staatliche Ortsaufsicht über die neu gegründete evangelische Schule in Prisselwitz, Kreis Breslau;

3) für den Oberpfarrer Nowak zu Groß-Wartenberg die staatliche Ortsaufsicht über die evangelische Stadt- und Landschule in Wartenberg und über die evangelischen Schulen in Bischdorf, Mittel-Langendorf, Otto-Langendorf, Mubelsdorf, Ober-Stradam und Gr. Woitsdorf, Kreis Wartenberg.

Widerruflich bestätigt die Berufungsurkunde: für den Adjunkten August Fehninger aus Leuthen,

Kreis Neumarkt, zum II. Lehrer an der evangelischen Schule in Camenz, Kreis Frankenstein.

Ertheilt: der Lehrerin Fräulein Julie Leyke in Niegersdorf, Kreis Frankenstein, die Erlaubniß zur Annahme von Hauslehrerinnen- oder Erzieherinnenstellen.

Königliches Provinzial-Schul-Kollegium.

Bestätigt die Berufungsurkunde: für den bisherigen Titular-Oberlehrer Pflug, zum etatsmäßigen Oberlehrer und für den bisherigen wissenschaftlichen Hilfslehrer Dr. Trump, zum ordentlichen Lehrer am Gymnasium in Waldenburg.

Königliches Polizei-Präsidium zu Breslau.

Ernannt: Bureau-Assistent Lebedée, zum Polizei-Kommissarius, Kanzlist Schmidt zum Bureau-Assistenten.

Angestellt: Feldwebel Tribbensee, Sergeant Wenzel II und Sergeant Winkler als Schutzleute.

Freiwillig ausgeschieden: Schutzmann Fabig.

Kaiserl. Ober-Post-Direktion in Breslau.

Ernannt: der Telegraphensekretair Jensch in Breslau zum Ober-Postdirektionssekretair.

Angestellt: der Postanwärter Hüner in Reichenbach (Schles.) als Postassistent.

Versezt: der Postsekretair Rusch von Suhrau (Bz. Bresl.) nach Neumarkt (Schles.)

Auf ihren Antrag treten in den Ruhestand: der Bureaubeamte I. Klasse, Rechnungsrath Woldenhauer in Breslau; die Postsekretaire Arends in Breslau und Schumacher in Frankenstein (Schles.)

Zu Postagenten sind angenommen: der Rentmeister Erler in Schlang, der Mühlenbesizer Jänsch in Herrnlaueritz, der Gastwirth Viertel in Nechbern.

Königliches Ober-Landesgericht zu Breslau.

Gerichts-Assessoren:

Bestellt: der Gerichts-Assessor Koppe in Hirschberg zum ständigen Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Meseritz.

Referendare:

Ernannt: die Rechtskandidaten Krüger, Klüppelberg und Cibis.

Uebernommen: der Referendar von Voigts-Rheß aus dem Bezirke des Kammergerichts.

Ausgeschieden: die Referendare Dr. Prinz zu Hohenlohe-Dehringen und Lücke — behufs Uebertritts in den Staatsverwaltungsdienst —, Dr. Freund — behufs Uebertritts in den Bezirk des Kammergerichts.

Gestorben: der Referendar Sehler.

Subalternbeamte:

Verliehen: dem Staatsanwaltschafts-Assistenten Anders in Schweidnitz bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Titel als Kanzleisekretär.